

Eine Partei der deutschen Oeffentlichkeit.

Wien, 4. Mai.

Das gegenwärtige Abgeordnetenhaus ist im Jahre 1911 gewählt worden, seine Lebensdauer wird im nächsten Jahre abgelaufen sein. Hätten wir Frieden, so würde die innere Politik das Herannahen der allgemeinen Reichsratswahlen lebhaft verspüren. Die Parteien würden sich vorbereiten, Rechenschaft über ihre Tätigkeit zu legen, die Wähler würden mit kritischeren Augen auf die parlamentarischen Vorgänge hinzublicken beginnen. Die Unterbrechung in den Verhandlungen der verfassungsmäßigen Körperschaften verdeckt den natürlichen Gärungsprozeß, den der Ablauf der Mandatsperiode in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Wähler und Abgeordneten bringt. Allein alle Fragen, die mit der Verantwortung für die redliche oder lässige Ausübung der Abgeordnetenmandate zusammenhängen, werden sofort aufleben, wenn alle Bestimmungen der Verfassung wieder in ihr Recht treten. Die Abgeordneten werden dann vor Wähler hinzutreten haben, deren politischer Gesichtskreis durch die ungeheuren Ereignisse des Krieges erweitert wurde und die gereift sind durch den Vergleich zwischen den großen staatlichen Existenzfragen, die der Krieg aufgerollt hat, und den zwerghüchigen Methoden, nach denen die Parteien im Frieden an die Staatsgeschäfte herantraten. Die Bevölkerung wird erfahren wollen, ob die Abgeordneten von den erschütternden Katastrophen gelernt haben, ob sie fähig und willens sind, die Politik der kleinlichen Winkelzüge aufzugeben und ihr Mandat nach den ernstesten Bedürfnissen der allgemeinen Wohlfahrt, nach klaren politischen Grundsätzen auszuüben, anstatt vor den Augen der ratlosen Wähler ein unverständliches parlamentarisches Schachspiel aufzuführen. Die deutschen Wähler werden verlangen, daß die Männer ihres Vertrauens eine Politik machen, die in allem das Gegenteil der unfruchtbaren, den Vorwärtsdrang des Volkes hemmenden Couloirpolitik der letzten Jahre ist.

Ehrliche deutsche Volksvertreter verschließen sich nicht der Notwendigkeit, so frühzeitig als möglich an die Neuwahl zu denken und Vorbereitungen zu treffen, damit die deutschen Wähler in der entscheidenden Zeit ihre Stimmen für eine deutsche Partei abgeben, die eine Partei des Volkes und der Oeffentlichkeit sein wird. Die deutschen Wähler sollen mit den Männern vertraut werden, die sie in den Reichsrat entsenden, die Mandatswerber sollen die Bedürfnisse und die Gesinnungen ihrer Wähler wirklich kennen. Diese Selbstverständlichkeiten jedes konstitutionellen Lebens müssen leider bei uns wieder aufgefriecht werden. Man hat sie lange und gröblich vernachlässigt. Die deutschen Fraktionen empfanden geradezu Scheu, mit der Oeffentlichkeit Berührung zu suchen, den ideellen Strömungen näher zu treten, die in der Wählerschaft nie aussterben, in das tägliche Leben der Männer und Frauen hineinzublicken, die um ihre wirtschaftliche Existenz ringen, die die Kraft in sich hätten, den Wohlstand der Gesellschaft zu mehren, der künftigen Generation bessere Daseinsbedingungen zu hinterlassen, wenn nur die Gesetzgebung und die Verwaltung die Bedingungen für ein tüchtiges Bürgerleben schaffen würden.

Die erste Aufgabe einer gesunden deutschen Parteibildung — und es ist allgemeine Ueberzeugung der deutsch-freiheitlichen Wähler, daß die Entstehung einer neuen jugendlich frischen Partei nothut — ist es, Männer zu gemeinsamer Arbeit zu sammeln, die wieder ins Volk gehen wollen, die die engste Fühlung mit der Oeffentlichkeit suchen. Die parlamentarische Tätigkeit ist nur ein Teil des öffentlichen Lebens einer Nation, die Abgeordneten holen ihre besten Gedanken aus den Anregungen, die die Volksgemeinschaft ihnen gibt, ihre besten Taten führen sie aus, wenn sie den Willen der Oeffentlichkeit vollstrecken. Die Zeit, da parlamentarische Politik mit Volkshemmnis gleichbedeutend war, darf nicht wiederkehren. Das deutsche Volk in Oesterreich will keine Parteien mehr, die sich vor ihm in politische Heimlichkeiten flüchten, es will eine Partei der deutschen Oeffentlichkeit.